

Abgeordnetenhaus von Berlin
Fraktionen von DIE LINKE., SPD und Bündnis90/Die Grünen
z.Hd. der Landespartei- sowie Fraktionsvorsitzenden

Niederkirchnerstr. 5
10117 Berlin

Geschäftsstelle:

Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Kommunikation:

Telefon 030 / 56 701 626
E-Mail
berlin-brandenburg@owus.de
Homepage www.owus.de

Bankverbindung:

Berliner Volksbank e.G.
DE48 1009 0000 5794 0440 09
BIC BEVODE33

Vorsitzender des

Vorstands:

Dr. Rolf Sukowski

Geschäftsführendes

Vorstandsmitglied:

Robert Gadegast

Vereinsregistergericht:

Berlin-Charlottenburg
Vereins-Reg.-Nr. 16109

Berlin, den 22. Oktober 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Interesse haben wir die Ergebnisse der Sondierungsgespräche für die Fortsetzung der Koalition in Berlin zur Kenntnis genommen. Als gemeinwohlorientierter Unternehmerverband begrüßen wir die erzielten Ergebnisse, gestatten uns jedoch, auf einige Aspekte aufmerksam zu machen, die die Wirtschaftspolitik in der neuen Legislaturperiode kennzeichnen sollte. Es geht dabei um

- **Ökologische Nachhaltigkeit** durch ökologische Nutzung aller Ressourcen der Stadt, durch Umweltschutz, Klimawandelanpassung und Umweltbildung;
- **Ökonomische Nachhaltigkeit** durch bedarfsgerechte Einkommenssicherung und Ausbildung sowie die Nutzung der im Land und in den Bezirken vorhandenen Kapazitäten;
- **Soziale Nachhaltigkeit** durch Selbstorganisation, Förderung sozialer Gerechtigkeit vor allem von besonders benachteiligten Menschen sowie Menschen in Not.

Konkret sollte es dabei u. a. um folgende Schwerpunkte, insbesondere der Wirtschaftsförderung auf Landes – und Bezirksebene, gehen:

1. Bei der Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung geht es aus unserer Sicht weniger um quantitative Entwicklungen als vielmehr um qualitative Aspekte. Dabei darf jedoch die Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien bei der Vergabe von Fördermitteln nicht zu einer weiteren Bürokratisierung (Erhöhung der Dokumentationspflichten) der Antragstellung führen. Durch eine strikte Entbürokratisierung der Wirtschaftsförderung kann die Erhöhung der Abrufquoten unterstützt werden.
2. Durch geeignete Maßnahmen der Wirtschaftsförderung soll die weitere Entwicklung der Gründerszene in Berlin angeregt werden. Wer mit einer klugen Geschäftsidee in die Selbständigkeit aufbrechen will, soll beste Bedingungen auf Landes- und Bezirksebene vorfinden. Dazu gehört auch eine bessere Personalausstattung. Gemeinsam mit den Akteur*innen aus den Gründungsinstitutionen für Frauen sollte die vorhandene Gründungsbegleitung von Frauen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Die Gründungs- und Geschäftstätigkeit von Unternehmer*innen mit Migrationshintergrund sollte noch zielgerichteter als bisher gefördert und unterstützt werden.
3. In die Förderung von Innovationen sind auch Projekte der sozialen Innovation einzubeziehen. Die Berliner Wirtschaft ist traditionell geprägt durch vielfältige Formen alternativen Wirtschaftens. Der Senat sollte diesen teilweise sehr unterschiedlichen Formen alternativen Wirtschaftens, insbesondere der Solidarischen Ökonomie bzw. des non-profit Sektors (Social Entrepreneurs, Gemeinwohl-Ökonomie, Kollektivbetriebe, Genossenschaften, Zweckbetriebe von Vereinen usw.) verbesserte Rahmenbedingungen schaffen und gemeinsam mit ihnen prüfen, wie sie noch besser innerhalb der Wirtschaftsförderung berücksichtigt werden können. Bisher auf gewinnorientierte Unternehmen ausgerichtete Förderinstrumente müssen auch den non-profit-Unternehmen zugänglich gemacht werden.
4. Als Mitglied der Bewegung für eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft fordern wir den künftigen Senat auf, dass sich die Landesbetriebe stärker als bisher dem Gemeinwohl aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt verpflichtet fühlen und dies auch im Rahmen der verbindlichen oder freiwilligen nichtfinanziellen Berichterstattung dokumentieren. Mit einem Pilotprojekt „Gemeinwohlbilanz“ kann die Wertschöpfung dieser Unternehmen mit Landesbeteiligung umfassend und transparent dargestellt werden. Die Koalitionsvereinbarungen im Land Bremen, der Stadt Münster u. a. Kommunen zeigen, dass dies

möglich ist. Dabei kann auf die Erkenntnisse und Erfahrungen von privatwirtschaftlichen Unternehmen und Organisationen aus Berlin, die diesen Schritt bereits getan haben, zurückgegriffen werden. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung sollten Unternehmen und Organisationen, die ihr nachhaltiges Handeln mit Hilfe einer Gemeinwohlbilanz neu ausrichten möchten, finanziell bei der Erstellung eines Gemeinwohlberichtes mit Bilanz unterstützt werden.

5. Um die Entwicklung alternativer Wirtschaftsformen wissenschaftlich zu begleiten, möchten wir anregen, dass der Senat die Einrichtung eines Instituts oder Lehrstuhls für Solidarische Wirtschaft an einer Wissenschaftseinrichtung der Stadt öffentlich ausschreibt. Die öffentlichen wirtschaftspolitischen Beratungsinstanzen sollen dadurch auch sensibilisiert und befähigt werden, die Gründung von Unternehmen der Solidarischen Ökonomie konstruktiv zu begleiten. Dazu gehört auch die Unterstützung bei der Gründung von Genossenschaften.

Auf einen besonderen Aspekt der Nachhaltigkeitspolitik möchten wir noch aufmerksam machen. Die Sozialgesetze folgen häufig dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Nachhaltige Beschaffung bspw. von Bio-Produkten für die in sozialen Projekten begünstigten Personen, der Einsatz erneuerbarer Energien u. ä. ist jedoch häufig mit höheren Aufwendungen verbunden. Diese Tatsache spiegelt sich bisher noch nicht ausreichend in den Fördersätzen wider. Hier erwarten wir für die aus Landesmitteln finanzierten Projekte eine andere Herangehensweise sowie eine Bundesratsinitiative zur Anpassung der Sozialgesetze.

Vereine und Verbände sind wichtige Bestandteile einer funktionierenden Zivilgesellschaft und auch Wirtschaftsakteure. Ihr nationales und auch internationales Wirken ist durch den Senat zu fördern und zu unterstützen, dies betrifft bspw. den Bereich Globalen Lernens als ein gemeinsames Projekt von Wirtschaft, Bildung, Kultur und Wissenschaft. Durch ein Demokratiestärkungsgesetz auf Landesebene kann die Zivilgesellschaft im Land Berlin unterstützt und noch besser gewertschätzt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Rolf Sukowski
Vorsitzender des Vorstands